Der „Sozialisierungs"-Betrug der SPD

Dresden, 22. August 1932.

Die Dresdner Volkszeitung geht nunmehr schon tagelang mit papiernen „Sozialisierungs"-Anträgen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion freien, die diese gelegentlich des Reichstagszusammentritts dort einzubringen gedenkt. Diese Anträge, die in der Volkszeitung vom Sonnabend erst wieder als „Vorstoß für sozialistischen Aufbau" bezeichnet werden, sind in die Form des Entwurfes eines Gesetzes über den „Umbau der Wirtschaft" gebracht. Darin kehren die alten verstaubten „Forderungen" der SPD-Führer, wie Vereinheitlichung der öffentlichen Wirtschaft, Schaffung einer Planstelle, Schaffung eines Kartell- und Monopolamtes und Bankamtes wieder. Ferner wird die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, der subventionierten Unternehmungen, der Großbanken und Enteignung des Großgrundbesitzes „gefordert".

Man sieht also schon auf den ersten Blick, daß in diesen Anträgen jene „Sozialisierung" ihre Auferstehung feiert, die nach Aufrufen älteren Kalibers des SPD-Parteivorstandes schon einmal 1919 zu „marschieren" begann. Was diese Anträge übrigens mit „Sozialismus" zu tun haben, läßt schon die Tatsache erkennen, daß sich prominente Nationalsozialisten nach eigenem Eingeständnis der SPD-Presse mit diesen Anträgen der SPD solidarisiert haben. So z. B. der Nazigraf Reventlow.

Darüber hat die Dresdner Volkszeitung vom 17. August besonders große Freude geäußert. In dieser Ausgabe der Volkszeitung wurde sogar an der Spitze eine nationalsozialistische Korrespondenz zitiert, in der die Erklärung Graf Reventlows wiedergegeben wird, und wobei es heißt: „Er und seine Freunde würden den sozialdemokratischen Sozialisierungsanträgen im Reichstag ihre Stimme geben."

Wenn schon dadurch selbst in den Kreisen sozialdemokratischer Arbeiter große Verwunderung Platz greift, so muß diese Verwunderung zu höchster Entrüstung umschlagen, wenn die Arbeiter die Anträge der SPD einer näheren Betrachtung unterziehen.

In bezug auf die Verstaatlichung der Schlüsselindustrie und der subventionierten Unternehmungen heißt es wörtlich:

„**Die Entschädigung** erfolgt nach der tatsächlichen Ausnutzung der Anlagen in den Geschäftsjahren 1929 bis 1931, höchstens jedoch zu den Börsenkursen vom 1. Juli 1932."

In Bezug auf die „Verstaatlichung" der Großbanken heißt es:

„Die **Entschädigung der Aktionäre** der verstaatlichten Banken erfolgt auf der Grundlage der Berliner Börsenkurse der Aktien vom 1. Juli 1932."

Und in Bezug auf den Großgrundbesitz heißt es sogar wörtlich:

„**Als Entschädigung** wird den enteigneten Großgrundbesitzern eine Rente gewährt, die sich nach der Höhe des in den Jahren 1929/1931 durchschnittlich versteuerten Einkommens aus dem enteigneten Grundbesitz bemißt."

Die SPD-Führer fordern also in ihren „Sozialisierungs"-anträgen, daß die Großkapitalisten nach den heutigen Börsenkursen voll entschädigt werden und daß die Großagrarier gar eine lebenslängliche Rente in der Höhe ihres bisherigen Einkommens beziehen sollen. Man stelle sich nur einmal vor, daß die Anträge tatsächlich durchgeführt werden sollten. Die Großkapitalisten würden hunderte von Milliarden Mark beanspruchen. Wer soll ihnen diese Entschädigungen bezahlen?

Die SPD-Führer beantragen tatsächlich, daß das arbeitende Volk solche Millionenlasten auf sich nehmen soll. Das Versailler Tributdiktat mit der ganzen heutigen Auslandsverschuldung der kapitalistischen Klasse, die auf der Arbeiterklasse lastet, wäre ein Kinderspiel gegen die Schuldenlast-Lawine, in die die Durchführung des SPD-Antrages (wenn das Unmögliche möglich wäre) das arbeitende Volk hineinzudringen würde.

Damit aber noch nicht genug! Es wird vielmehr fernerhin „gefordert", daß in den stillgelegten Betrieben Erwerbslose arbeiten.

Das bedeutet nichts anderes, als daß die Erwerbslosen die Arbeit nicht für die Tariflöhne, sondern für die karge Arbeitslosenunterstützung verrichten sollen und ist außerdem ein neuer Anreiz für die Unternehmer, ihre Betriebe einfach stillzulegen und die Arbeiter schließlich zu Arbeitslosenlöhnen wieder einzustellen, gezwungen.

Ein anderes Stück der „Sozialisierung" der SPD ist die Forderung der Zwangsanleihe, von der sich die Kapitalisten leicht drücken werden, die aber den Arbeitermassen neue Lasten auferlegt, dann die „Arbeitszeitverkürzung" ohne Lohnausgleich, die Tabakversicherung durch Monopol u. a. m. Der Gipfel des sozialdemokratischen „Sozialismus" ist ein Artikel den Leipart kürzlich im Berliner Tageblatt veröffentlichte, der unter dem Deckmantel der Arbeitsbeschaffung die „Kreditbereitstellung durch die Reichsbank" zu gut deutsch, Druck von Millionen Papiergeld fordert. Inflation. Dasselbe hat erst kürzlich der Nazilminister Röver angedroht.

Nazis und Sozialdemokraten wirken also gleichermaßen und ebenso das Zentrum und die herrschende faschistische Schleicher-Papen-Diktatur, als Gruppen und Parteien des Kapitalismus im Interesse der Bourgeoisie.

Die besondere Bedeutung und der besondere Zweck der neuen Betrugsaktion der SPD-Führer liegt vor allem darin, daß sie die Arbeiter von einem wirklichen Eintreten für den Sozialismus abhalten und das kapitalistische System retten wollen.

Die SPD betreibt also heute denselben grandiosen Schwindel wie 1918 und 1919. Als die Arbeiter damals nach der November-Revolution die Fabriken und Bergwerke in ihren unmittelbaren Besitz nehmen wollten, da versprachen die SPD-Führer, daß die Sozialisierung „gesetzlich" durchgeführt werde. Und zugleich ließen sie jene berüchtigten Plakate anschlagen, auf denen es hieß: „Die Sozialisierung marschiert!"

In Wirklichkeit geschah das alles nur, um die Arbeiter vom Kampf und von der Inbesitznahme der Produktionsstätten und Produktionsmittel abzuhalten und um sie zu betrügen. Die Bourgeoisie gewann dadurch Zeit zur Rüstung gegen die Arbeiterklasse und — unter der Deckung der Maschinengewehre der Noskegarden — zur Sicherung ihres Privatbesitzes.

Da die SPD-Führer auch heute den Arbeitern weismachen versuchen, daß die Sozialisierung auf dem Wege der Annahme der sozialdemokratischen Anträge durchgeführt werden könne, und daß gar die Papen-Schleicher-Regierung die Sozialisierung besorgen werde, heißt es jedem Arbeiter in sachlicher und kameradschaftlicher Diskussion darüber aufzuklären, daß der vom der SPD vorgetäuschte Weg unmöglich ist, und daß die SPD-Führer diesen Weg gar nicht zu gehen beabsichtigen, sondern die Arbeiter nur erneut betrügen wollen, um das Zustandekommen der breitesten roten Einheitsfront für den Sieg der Arbeiter zu verhindern. Die SPD will mit ihren Anträgen darüber hinaus die Bourgeoisie retten und das Papen-Schleicher-Regime unterstützen.

Darum heißt es den Betrug der SPD-Führer deutlich zu erkennen und zu durchkreuzen. In welcher Weise die Arbeiter die Sozialisierung durchführen und sozialistischen Aufbau bewältigen können, davon zeugt das Beispiel der Sowjetunion und des dort betriebenen sozialistischen Aufbaues. Angesichts dieser Tatsache und der Tatsache des neuen Betrugsmanövers der SPD-Führer bekräftigen wir darum unseren Appell an die sozialdemokratischen Arbeiter, uns in der Tat mitzuhelfen, das kapitalistische System zu überwinden.

Wer dabei mithelfen will, der reihe sich ein in die Front der Antifaschistischen Aktion und in die Kommunistische Partei, unter deren Führung die arbeitenden Massen Deutschlands gegen das kapitalistische System ankämpfen. In dieser Front werden wir siegreich vorwärtsschreiten und wirklich den sozialistischen Ausweg aus dem kapitalistischen Bankrott, aus dem kapitalistischen Wahnsinn erkämpfen!

Für diesen Kampf heißt es die Arbeiterklasse zu einen und zu kräftigen. Das muß uns in der Antifaschistischen Aktion gelingen. Das muß jetzt vor allem gelingen bei der Mobilisierung der Arbeiter zu unmittelbaren Kampfaktionen, wie sie im Moment die Lage der Textilarbeiter erheischt. Hier muß mit der Entfaltung des Kampfes begonnen werden.

Darum heißt es die Kräfte aller Antifaschisten auf diese Aufgabe zu konzentrieren. Von hier aus wird sich die Kampffront gar bald verbreitern lassen. Darum vereinigt alle Kraftanstrengung auf die Mobilisation der Textilarbeiter, auf die zähe Unterstützung ihres Kampfes gegen das frech vorstoßende Textilkapital. In diesem Sinne heißt es die jetzt für vierzehn Tage verlängerte Antifaschistische Betriebswoche mit verstärkter Kraft weiterzuführen!

Wie die braunen Schlächter von Beuthen mordeten

„Mit Petroleum übergießen . . ."

Zuchthaus droht den Reichsbannerarbeitern von Ohlau. Antifaschisten erhebt Protest!

Das Beuthener Sondergericht wurde wiederum von einer Flut von Telegrammen überschüttet, in denen die Arbeiter die schärfsten Strafen gegen die faschistischen Meuchelmörder unserer Genossen Konrad Pietzuch forderten. Von den oberschlesischen Großbetrieben haben die Belegschaften der Beuthener Karsten-Zentrumsgrube, der Hohenzollern-Grube, der Blei-Scharley- und der Heinitz-Grube Entschließungen an das Gericht abgeschickt.

Der zweite Verhandlungstag förderte weitere aufreizende Einzelheiten darüber zutage, mit welch viehischer Brutalität unser Genosse Konrad Pietzuch von der wütenden SA-Bande abgeschlachtet wurde. Nach den Erklärungen des zuerst vernommenen Sachverständigen Dr. Reimer wies die Leiche im ganzen **29 Verwundungen auf.**

Nach dem Urteil der Sachverständigen wurden unserem Genossen die tödlichen Verletzungen beigebracht, als er bereits am Boden lag.

In der Nachmittagsverhandlung wurde einwandfrei festgestellt, daß der verzweifelte Versuch der Verteidiger, den Zeitpunkt des Verbrechens auszumerzen, zusammengebrochen ist. Einwandfrei steht fest, daß Pietzuch nach Mitternacht, also nach Inkrafttreten der Terrorverordnung, ermordet wurde, so daß deren verschärfte Strafbestimmungen Geltung haben. Bei der Vernehmung der Lemmundsleuten über den angeklagten Geldwitz Lehmann aus Potempa stellte sich heraus, daß Lehmann als Amtsvorsteher die Bevölkerung des Dorfes mit allen Mitteln terrorisiert. Gegen die revolutionär gesinnten Einwohner stieß er mehrfach wüste Drohungen aus, wie:

„Die Kommunisten müßten alle mit Petroleum übergossen und angezündet werden."

Staatsanwalt von Ohlau fordert Zuchthaus

In dem Prozeß gegen die Reichsbannerarbeiter von Ohlau, die nichts anderes getan haben, als sich gegenüber frechen Nazi-Provokationen ihrer Haut zu wehren, wurden am Sonnabend vom Staatsanwaltschaftsrat Haude die Strafanträge gestellt. Sie zeigen den Schreckenstaat, der von dem Sondergerichten gegen Antifaschisten eingeschlagen wird. Der flammende Protest aller Werktätigen muß diese Urteile verhindern.

Gegen den Kreisleiter des Reichsbanners Durnick wurde wegen schweren Landfriedensbruchs, Waffenmißbrauchs und schweren Aufruhrs vier Jahre Zuchthaus beantragt, gegen den Ortsgruppenleiter des Reichsbanners, Blech, sechs Jahre Zuchthaus, gegen den sozialdemokratischen Stadtrat Mandke vier Jahre Zuchthaus. Im ganzen stehen 13 Arbeiter unter Anklage. Nur gegen sechs wurde Freispruch beantragt, während die übrigen für die Zeit von vier Monaten bis zu zwei Jahren ins Gefängnis geworfen werden sollen.

Das sind die Sondergerichte, die von fast allen sozialdemokratischen Zeitungen begrüßt wurden, als Hindenburg sie eingesetzt hat. Das sind die Sondergerichte, von denen die SPD-Presse schrieb, sie würden aufräumen mit den nationalsozialistischen Arbeitermördern und Bombenwerfern. Jetzt sprechen die furchtbaren Tatsachen und hämmern es jedem sozialdemokratischen Arbeiter und Reichsbannerkameraden ein: diese Sondergerichte sind ein Werkzeug in den Händen der herrschenden Klasse zur Niederwerfung des antifaschistischen Kampfes. Montag soll das Urteil über die Reichsbannerkameraden von Ohlau gesprochen werden.

Dresdner Arbeiter vorm Reichsgericht

Vom vierten Strafsenat beim Reichsgericht wurden am Freitag wieder drei Dresdner Arbeiter wegen angeblicher Verletzung der Polizei zu zwei Jahren 9 Monaten Gefängnis und 1 Jahr Festung verurteilt. Weshalb die Arbeiter zu solch unerhört hoher Strafe verurteilt wurden, das sagt Wolffs Landesdienst, der über den Prozeß berichtet:

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehen gegen das Republikschutzgesetz den technischen Zeichner Erich Lamm aus Dresden zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis, den Zimermann Rudolf Beckel aus Dresden zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis und den Steinhofsleger Alfred Rosck, ebenfalls aus Dresden zu einem Jahr Festungshaft. Die drei Angeklagten hatten im Winter v. J. in Dresden ein kommunistisches Zersetzungsflugblatt an Polizeibeamte verteilt. Das Flugblatt war angeblich von revolutionären Polizeibeamten verfaßt. Diese forderten ihre Kollegen auf, den jetzigen Staat nicht zu schützen. Die Polizeibeamten sollten sich nicht gegen das werktätige Volk mißbrauchen lassen. Sie sollten Schluß mit dem Prügeldienst gegen das arbeitende Volk machen und, wenn von ihnen verlangt würde, auf die Arbeiter zu schießen, die Gewehre in die Luft halten.

Aufforderung an die Polizeibeamten, sich gegen das werktätige Volk nicht mißbrauchen zu lassen, wird mit langer Gefängnisstrafe von der Klassenjustiz geahndet, aber Nazimörder werden überaus glimpflich behandelt. Da hilft keine bloße Empörung, sondern nur fester Zusammenschluß in der Roten Hilfe, die den Kampf für die Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen führt.

Zum 5. Jahrestag der Hinrichtung Saccos und Vanzettis

Heute jährt sich zum fünften Male der Tag der Hinrichtung der beiden Opfer der amerikanischen Klassenjustiz Sacco und Vanzetti auf dem elektrischen Stuhl.

Das internationale Proletariat denkt an diese beiden unschuldigen Opfer einer sadistischen Rachejustiz der Dollarkapitalisten, die trotz des millionenfachen Protestes aus der ganzen Welt ermordet wurden. Die deutsche Arbeiterschaft zieht ihre Parallelen zur amerikanischen Blutjustiz, denn heute sitzen in Deutschland Sondergerichte über Antifaschisten zu Gericht und ihnen ist die Todesstrafe durch Notverordnung Papens in die Hand gegeben.

Das revolutionäre Gedenken an Sacco und Vanzetti ist der leidenschaftliche Kampf gegen die bestialische Justiz in allen kapitalistischen Ländern. Entreißt ihr die Opfer, helft am Kampf um die Befreiung der politischen Gefangenen.

Metallarbeiter-Verbandstag in Dortmund

DMV-Führer sind Helfer des Faschismus

Gewerkschafter, zieht sie zur Rechenschaft. Reiht euch in die Antifaschistische Aktion ein!

Heute tritt in Dortmund der 20. Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes zusammen. Diese Tagung verdient das größte Interesse aller Gewerkschafter. Der DMV ist noch die größte Gewerkschaftsorganisation in den kapitalistischen Ländern. **Welche Bedeutung konnten die Debatten auf diesem Verbandstage, der in einem so wichtigen Zeitabschnitt zusammentritt, für die weitere Entwicklung der gesamten Gewerkschaftsbewegung haben. Welche gewaltigen Probleme stehen gegenwärtig vor der gesamten Arbeiterklasse und insbesondere vor den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern! Welches gewaltige Kampfsignal konnte von dieser Tagung ausgehen . . . wenn es nicht nach dem Willen der sozialdemokratischen Verbandsführer sondern nach dem Willen der Massen der klassenbewußten Mitglieder des DMV ginge.**

Von der Papenregierung wurde unter Stillhalten der Gewerkschaftsführer die faschistische Diktatur errichtet. Seit dem 20. Juli bahnt sich eine breite Diskussion über die Bedeutung des politischen Massenstreiks in den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und der gesamten deutschen Arbeiterschaft an.

Die Gewerkschaftsmitglieder fragen nach dem Weg zur Organisierung des Kampfes. Sie wollen ihre organisierte Kraft gegen die Unternehmervorstöße in die Waagschale werfen. Sie fragen gleichzeitig nach dem Weg, auf dem ihrer fortwährenden weiteren Verelendung Einhalt geboten werden kann.

Die Gewerkschaftsführer haben am 20. Juli die Waffe des Massenstreiks preisgegeben. Sie unterstützen offen den Ausbau des „freiwilligen" Arbeitsdienstes, der nur eine Vorstufe zur allgemeinen Arbeitsdienstpflicht ist und bekämpfen während die Bestrebungen der Mitglieder zur Herstellung der roten Einheitsfront. Die Gewerkschaftsbürokratie hat durch die Verhinderung und Abwürgung aller Kämpfe dabei mitgeholfen, den Weg für die Verelendung der Arbeiterschaft freizumachen.

Zu den Nazis werden von den Gewerkschaftsführern bereits eifrig Fäden gesponnen. Der SPD-Führer Sollmann aus Köln schrieb in der Dresdner Volkszeitung:

„Wir wollen den Nationalsozialisten nicht nur Verlegenheiten bereiten. Wir müssen sie unter dem Druck ihrer Wähler zwingen, sich unserem Angriff auf den Kapitalismus, wenn auch noch so widerwillig, anzuschließen und den Weg zur Nationalisierung großer Teile der Wirtschaft zu beschreiten und so die Bahn für kommende sozialistische Neugestaltung öffnen zu helfen."

Also gemeinsam mit den Terrorbanden der Nazis wollen die SPD- und Gewerkschaftsführer den erstaunten Arbeitern den Sozialismus bringen. Nur nach einer Richtung kämpft der Vorstand des DMV wirklich ernst, gegen die RGO. Die oppositionellen Verbandsmitglieder werden als „Agenten des Auslandes" als „willenlose Werkzeuge ausländischer Gewalten" beschimpft.

Zum erstenmal wird offen in diesem Jahresbericht eingestanden, daß Tausende von revolutionären Klassenkämpfern aus dem DMV herausgeworfen wurden. Es heißt dazu im Jahresbericht des Vorstandes auf Seite 297:

„Es war selbstverständlich, daß der Verbandsvorstand gegen die Quertreiber mit größter Entschiedenheit vorging und alle diejenigen, die sich der RGO angeschlossen oder in öffentlichen Betriebs- und Mitgliederversammlungen werbend und unterstützend für sie eintraten, aus dem Verband entfernte."

Wenn die DMV-Bürokratie versucht, alle diese Fragen aus der Diskussion auszuschalten, so haben die Massen der Mitglieder um so mehr Veranlassung, sie in den **Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zu rücken.** Noch während des Verbandstages muß überall in den Betrieben und in den Mitgliederversammlungen Behandlung dieser Schicksalsfragen der deutschen Arbeiterklasse gefordert werden. Und schon jetzt muß Vorsorge getroffen werden, daß bei der Berichterstattung vom Verbandstag eine breite Diskussion darüber ausgelöst wird. Ihren Ausweg aus Hunger und Not finden die Metallarbeiter nur im engen Bündnis mit den Kollegen der RGO. Wenn sie unter Führung selbstgewählter Einheitsausschüsse im Betrieb und auf der Stempelstelle gemeinsam kämpfen, dann wird der Lohnabbau und der Faschismus geschlagen.

Die Mitglieder des DMV müssen Rechenschaft fordern von ihrer Bürokratie. Die Mitglieder werden mit ihren kampfbereiten Kollegen von der RGO in roter Einheitsfront zusammenkämpfen. Das ist der einzige Weg, der aus dem Elend heraus, zu Arbeit, Brot und Freiheit führt.

Sozialdemokratische Staatsfunktionäre auf dem Wege zu den Nazis

Der bisherige sozialdemokratische Polizeipräsident von Königsberg, Tiege, hat dem preußischen Innenminister von Bracht mitgeteilt, daß er aus der SPD ausgetreten sei und sich auch fernerhin zur Bekämpfung der KPD zur Verfügung stelle. Tiege hat versucht, zum Zentrum überzutreten, wurde aber dort vorläufig vertröstet. Tiege ist jetzt auf dem Wege zu den Nazis.

Neue Steuererhöhung

Wie „Der Deutsche" vom 21. August mitteilt, plant die Papenregierung, die Krisensteuer, die für das laufende Jahr bereits in größerem Umfange erhoben wurde, zu erhöhen, so daß für die nächsten Monate wieder Bürgersteuern vom Lohn und Gehalt abgezogen werden.